Beschlussvorlage

Rheingau-Taunus-Kreis

Drucksachen-Nr. **X/34**

Bad Schwalbach, den 22.04.2016
Aktenzeichen:
Ersteller/in: Frau Czymai

Büro für Gleichstellungsfragen

Beratungsfolge	Sitzungstermin	TOP	Öffentlich
Kreistag			

Titel

Besetzung der Gleichstellungskonferenz

I. Beschlussvorschlag:

Die Fraktionen benennen folgende Vertreterinnen und Vertreter für die Gleichstellungskonferenz:

CDU-Fraktion _____

SPD-Fraktion _____

AfD-Fraktion _____

GRÜNEN-Fraktion _____

FDP-Fraktion _____

FWG-Fraktion _____

LINKE-Fraktion _____

II: Sachverhalt:

Kurze Chronologie der Gleichstellungskonferenz Rheingau-Taunus Nach **Beschluss des Kreistages vom 30.04.2013 zur Einrichtung einer Gleichstellungskonferenz** (Gemeinsamer Antrag von den Fraktionen Die Grünen und SPD) Nr. 09/13 fanden insgesamt 6 Sitzungen der Gleichstellungkonferenz statt:18.11.2013; 20.02.2014; 25.09.2014, 27.11.2014, 26.03.2015 und 24.08.2015. Die Fraktionen des Kreistages und Institutionen hatten jeweils 1 Person für die Teilnahme benannt.
Bündnis 90/Die Grünen - Ingrid Reichbauer,
SPD – Wendy Penk bzw. Dorothee Etges,
CDU - zunächst Johannes Schura, Kate Cahill und dann Roubina Wendel,
FWG – Inga Rossow,
FDP - keine namentliche Benennung

Die Teilnahme erfolgte teilweise von den Mandatsträger-innen sehr unregelmäßig. Die Protokolle und Anlagen wurden Allen zugestellt.

Im Wesentlichen wurden an den Sitzungen verschiedene Handlungsfelder erörtert mit dem **Ziel der EU-Charta Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitreten zu können.** Von dem Landkreis Steinfurth wurde nach dem Beitritt inzwischen schon der zweite Maßnahmenkatalog auf den Weg gebracht, er gilt diesbezüglich als Vorbild auch für unseren Landkreis.

In diesem Sinne wurde zunächst als vorrangige Maßnahme nach Beschluss des Kreistages im Oktober 2015 **für den Rheingau-Taunus-Kreis das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgewählt und die Zertifizierung des Rheingau-Taunus-Kreises mit dem audit berufundfamilie** ins Auge gefasst. Die Zertifizierung ist mit Datum vom 15. März 2016 erfolgt.

Darüber hinaus wurde ein weiteres Handlungsfeld das Thema Gewalt von der Gleichstellungskonferenz diskutiert und priorisiert, insbesondere der Abbau von **‚Häuslicher Gewalt'.** Ilse Gießer, Leiterin des Haus für Frauen in Not Bad Schwalbach berichtete, dass finanzielle Mittel gegen ‚Häusliche Gewalt' über die kommunalisierten Mittel des Landes bereit gestellt werden sollen und angefordert werden müssen. Dabei sollen insbesondere Gelder für die Fortführung der Interventionsberatung, als auch wieder Mittel für das Frauenhaus beantragt werden, die seit 2003 nicht mehr vom Land geflossen sind. Hiermit soll ein weiteres Handlungsfeld auf den Weg gebracht werden.

Die Handlungsfelder **Familien mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende** wurden in der Gleichstellungskonferenz bereits in den Blick genommen und sollen perspektivisch aufgegriffen werden.

(Albers)
Landrat

Anlage:
KT Beschluss vom 30.04.2013